

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt: Das Ende der amerikanischen Demokratie? Donald Trump und die Politik der Feindschaft, S. 47-58

Noch nie in ihrer Geschichte war die amerikanische Demokratie so bedroht wie heute. Schuld daran ist aber nicht allein Donald Trump. Vielmehr krankte das politische System der Vereinigten Staaten schon vor dessen Amtsantritt, so die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt. In der extrem polarisierten US-Gesellschaft wächst nun aber die Neigung, politische Ziele auch unter Preisgabe elementarer demokratischer Normen durchzusetzen – wie aktuell das Beispiel der Republikaner zeigt.

George Packer: Make America again. Unsere letzte Chance, die Demokratie von den Toten aufzuwecken, S. 59-70

Nach fast vier Jahren unter einem korrupten und bornierten Präsidenten, der sein Versprechen, für die einfachen Amerikaner einzutreten, verraten hat, stehen die USA an einem Wendepunkt. Wie in den drei großen Reformphasen des 20. Jahrhunderts, so die These des Schriftstellers und Journalisten George Packer, muss es den Menschen gelingen, das Land zu einen und zu revitalisieren. Andernfalls droht der Demokratie das Aus.

James K. Galbraith: Mehr New Deal wagen: Joe Biden und die Gefahr des alten Denkens, S. 71-78

Die Corona-Pandemie hat die USA in eine schwere Wirtschaftskrise gestürzt. Da scheint es naheliegend, das Erfolgsrezept aus der Finanzkrise von 2008 zu kopieren und auf einen massiven finanziellen Stimulus zu setzen. Das jedoch wäre ein Fehler, warnt der Ökonom James K. Galbraith: Die heutige Krise geht viel tiefer und verlangt einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft – nach dem Vorbild des Roosevelt'schen New Deal.

Jedediah Purdy: Solidarität oder Barbarei. Auf der Suche nach einem neuen Gemeinwohl, S. 79-88

Der Begriff Heimat ist in aller Munde – und höchst ambivalent. Denn das Land, das man damit bezeichnet, ist schon immer das Gemeinsame gewesen, das Menschen voneinander trennt – als Bodenbesitzer und Bodenlose. Der Rechtsphilosoph Jedediah Purdy erkennt in dieser Spaltung das Kernproblem der westlichen Zivilisation. Eine am Gemeinwohl orientierte Politik müsse sich radikal fragen, wie sie Wohlstand und den Wert des Lebens bemisst. Nur so sei ein friedliches Zusammenleben in der Zukunft möglich.

Reinhard Olschanski: Zombieindustrialismus: Corona oder die Verwahrlosung der Vernunft, S. 89-97

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie abhängig Politik und Gesellschaft von der Natur sind. Und wie begrenzt ihr Wissen ist. Zugleich aber demonstrieren die Corona- und noch mehr die Klimakrise die Dialektik der Aufklärung, so der Philosoph und Politikwissenschaftler Reinhard Olschanski. Immer größere Weltbeherrschung kann umschlagen in größte Irrationalität und den Glauben an die Weltverschwörung. Dagegen bedarf es einer alternativen Aufklärung, die um die fragile Mensch-Natur-Beziehung weiß.

Wolfgang Ehmke: Völkisch grün: Braune Flecken in der Anti-AKW-Bewegung, S. 99-106

Die Anti-Atom-Bewegung in Deutschland gilt weithin als progressiv, links und gesellschaftskritisch. Doch diese Sichtweise ignoriert, dass rechte und rechtsextreme Kreise bereits früh großen Einfluss auf die Bewegung ausübten, so der langjährige Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Wolfgang Ehmke. Sie machten sich in den 1960er und 1970er Jahren die diffuse politische Stimmungslage zunutze, um die neue Bewegung ideologisch zu unterwandern.

Daniel Leisegang: TikTok: Der digitale Kalte Krieg, S. 107-112

Nicht Facebook oder Instagram, sondern die aus China stammende Konkurrenz TikTok steht derzeit für den digitalen Zeitgeist. Kein Wunder, dass US-Präsident Donald Trump die App ins Visier nimmt, so „Blätter“-Redakteur Daniel Leisegang. Allerdings beschwört Trumps Protektionismus geradezu einen digitalen Kalten Krieg herauf – und es ist keineswegs ausgemacht, dass sich die USA in diesem werden behaupten können.

Melanie Müller: Südafrika unter Ramaphosa: Die letzte Chance des ANC?, S. 113-119

Als der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa im Jahr 2018 sein Amt antrat, versprach er dem Land nicht weniger als einen Neuanfang. Eingelöst haben er und seine Partei, der ANC, dieses Versprechen jedoch bislang nicht, analysiert die Politikwissenschaftlerin Melanie Müller. Zu schwer wiegt das politische Erbe von Amtsvorgänger Jacob Zuma, der das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie nachhaltig beschädigt hat.